

# EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

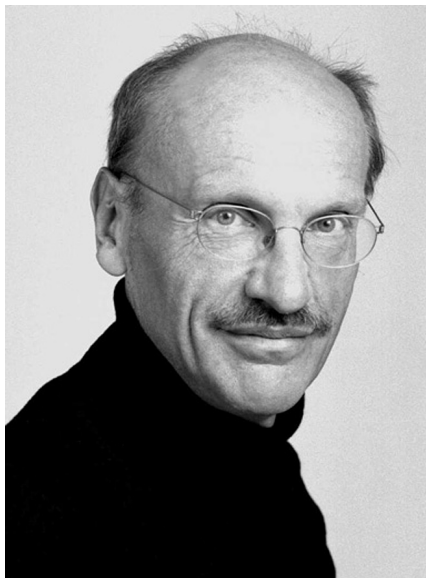
Das magische Datum – den 01.08.2013 – haben wir inzwischen überschritten und zumindest im großstädtischen Regionen und Ballungsgebieten dürfte es Probleme geben, das gesetzlich formulierte Versprechen – den Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung für alle Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben – einzulösen. Auch wenn viele Städte und Gemeinden in der Schlussphase noch einmal zugelegt haben – fachlich kompetentes Personal lässt sich eben nicht kurzfristig ausbilden und rekrutieren.

Ein Blick auf die Ausgabenentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe zeigt, dass der Ausbau der Kindertagesbetreuung nicht nur mit hohen Aufwendungen verbunden ist, sondern vielerorts zulasten anderer Aufgaben erfolgt ist. Nimmt man noch den Aufwand für den Kinderschutz hinzu – ein ebenfalls in der Öffentlichkeit und vor allem auch in den Medien diskutiertes Thema –, dann wird deutlich, dass ältere Kinder und Jugendliche mehr oder weniger aus dem Blickfeld der Kinder- und Jugendhilfe geraten sind. Dabei gilt das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – doch für junge Menschen, also bis zum 27. Lebensjahr.

Für diese Diskrepanz gibt es mehrere Gründe. Zum einen ist die Steuerungsfunktion des Rechts begrenzt, es kann nur wirken, wenn es bekannt ist und auch eingefordert wird. Zum anderen sind die Leistungsinhalte auf personenbezogene soziale Dienstleistungen ausgerichtet und daher – anders als Geldleistungen – rechtlich nur begrenzt definier- und steuerbar. Zudem zeigen sich die Neben- bzw. Sogwirkungen von Rechtsansprüchen: Die (wohl immer knappen) finanziellen Mittel der Jugendhilfe werden umverteilt und auf die Rechtsansprüche konzentriert – von ihnen wie vom Staubsauger aufgesaugt – zu Lasten der anderen Pflichtaufgaben, die zu Unrecht als sog. freiwillige Leistungen denunziert werden. Richtig ist freilich, dass sich der Bundesgesetzgeber dort weitgehend auf das Ob der Aufgabenerfüllung beschränkt, das Wie bzw. Wieviel den kommunalen Gebietskörperschaften überlässt. Die damit gegebenen Gestaltungsspielräume werden gnadenlos reduziert.

Ein solches Notstandsgebiet ist seit Jahren die Jugendarbeit. Der Bundesgesetzgeber hatte mit warmen Worten in § 79 – der Pflicht zur Verwendung eines angemessenen Anteils für die Jugendarbeit – versucht, den Kahlschlag zu verhindern. Selbst eine Notbremse, wie sie das Berliner Ausführungsgesetz mit der 10%-Quote vorsieht, hat jedoch versagt. Die Bezirke steckten weniger als fünf Prozent in die Jugendarbeit. Das hatte zur Folge, dass die Angebote in den Jugendklubs eingeschränkt werden mussten und in einigen Fällen sogar eine Schließung vor der Tür stand. Nun hat der Rat der Bürgermeister in Berlin ein Konzept zur Finanzierung der Jugendarbeit beschlossen. 11 Mio. € soll der Senat dafür zur Verfügung stellen.

Das Konzept ist als Übergangsmodell auf zwei Jahre festgelegt, garantiert also keine dauerhafte Konsolidierung. Deshalb wird in der neuen Legislaturperiode auch auf Bundesebene diskutiert werden, wie die Jugendarbeit durch die Verankerung von Rechtsansprüchen im SGB VIII wetterfest gemacht werden kann – angesichts der Vielfalt von Angeboten und Trägern keine leichte Aufgabe. Aber vielleicht lassen sich ja auch noch andere rechtliche Instrumente entwickeln, mit denen die in § 79 SGB VIII verbriefte Gesamtverantwortung für die Erfüllung aller gesetzlich geregelten Aufgaben – Peter Christian Kunkel spricht von einer Fundamentalnorm – vor Ort zum Leben erweckt wird.



Ihr *Reinhard Wiesner*

Reinhard Wiesner

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aktuelle Notizen</b> .....	<b>319</b>
<b>Aufsätze · Beiträge · Berichte</b>	
<i>Kathrin Binder/Ulrich Bürger</i> <b>Zur Bedeutung des Aufwachsens junger Menschen in spezifischen Lebenslagen für die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen</b> .....	<b>320</b>
<i>Werner Dürbeck</i> <b>Das Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern aus Sicht der Praxis</b> .....	<b>330</b>
<i>Reinhard Joachim Wabnitz</i> <b>Der 14. Kinder- und Jugendbericht – Teil 5</b> .....	<b>336</b>
<i>Eckart Riehle</i> <b>Einige Anmerkungen zum Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für zwei- und dreijährige Kinder</b> .....	<b>341</b>
<i>Hartmut Gerstein</i> <b>Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für NATO- Truppenangehörige?</b> .....	<b>345</b>
<i>Ulrich Eisenberg</i> <b>Zu den Voraussetzungen strafrechtlicher Verantwortlichkeit Jugendlicher</b> .....	<b>347</b>
<i>Ludwig Salgo/Manuela Stötzel</i> <b>Aktuelle Tendenzen der Verfahrensbeistandschaft</b> .....	<b>349</b>
<b>Dokumentation</b>	
<i>Stefan Heilmann</i> <b>Die Aufgaben des Oberlandesgerichts in Familiensachen</b> .....	<b>352</b>
<b>Gesetz zur Stärkung der Rechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters vom 04.07.2013 (BGBl. I, S 2167 f., 2013)</b> .....	<b>354</b>
<b>Rezension</b> .....	<b>355</b>
<b>Rechtsprechung</b>	
<b>Zur Vergütung eines Vereinspflegers</b> BGH, Beschl. v. 13.03.2013 – XII ZB 398/12 .....	<b>357</b>
<b>Entschädigung wegen unangemessener Dauer eines Umgangs- verfahrens</b> OLG Braunschweig, Urt. v. 08.02.2013 – 4 SchH 1/12 .....	<b>358</b>
<b>Ausspruch einer späteren Wirksamkeit der familiengerichtlichen Entscheidung</b> OLG Celle, Beschl. v. 02.05.2013 – 10 UF 100/13 .....	<b>359</b>
<b>Vollstreckbarkeit einer Umgangsregelung</b> OLG Saarbrücken, Beschl. v. 19.04.2013 – 6 WF 65/13 .....	<b>360</b>
<b>Wechselmodell</b> KG Berlin, Beschl. v. 14.03.2013 – 13 UF 234/12 .....	<b>362</b>
<b>Übernachtungsregelungen</b> OLG Saarbrücken, Beschl. v. 23.01.2013 – 6 UF 20/13 .....	<b>365</b>
<b>Zu den Voraussetzungen der tatsächlichen Ausübung des Sorgerechts nach Art. 3 Abs. 1b HKÜ</b> OLG Bremen, Beschl. v. 05.03.2013 – 4 UF 10/13 .....	<b>367</b>
<b>Keine Inverzugsetzung durch das Jugendamt bei beendeter Beistandschaft</b> OLG Celle, Beschl. v. 14.03.2013 – 10 WF 76/13 .....	<b>370</b>
<b>Einsatz des Elterngeldes beim Kostenbeitrag</b> BVerwG, Urt. v. 19.04.2013 – 5 C 18.12 .....	<b>372</b>
<b>Vollzeitpflege für besonders beeinträchtigte Kinder und Jugendliche</b> OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 06.05.2013 – OVG 6 B 31.12 .....	<b>375</b>
<b>Herausnahme von Kindern durch das Jugendamt</b> VG Ansbach, Beschl. v. 25.03.2013 – AN 14 E 13.00553, AN 14 E 13.00613 .....	<b>379</b>
<b>Jugendstrafrechtliche Verantwortlichkeit</b> BGH Urt. v. 13.12.2012 – 4 StR 271/12 .....	<b>382</b>
<b>Verbandsinformationen</b> .....	<b>384</b>
<b>Termine/Vorschau</b> .....	<b>387</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>344</b>

# ZKJ

**ZKJ – Zeitschrift für  
Kindschaftsrecht und Jugendhilfe  
herausgegeben in Verbindung mit der  
Bundeskongress für Erziehungs-  
beratung e.V.**

*Grundrichtung:* Die ZKJ ist eine interdisziplinär ausgerich-  
tete Fachzeitschrift und unabhängiges Informations- und  
Diskussionsforum für die praktische Umsetzung und An-  
wendung des Kindschafts-, Jugend- und Jugendhilfe-  
rechts und ihrer angrenzenden Gebiete und zeichnet sich  
durch die ausführliche und praxisbezogene Dokumenta-  
tion der Sachgebiete und Rechtsprechung aus.

#### **Mitherausgeber**

Prof. Dr. Stefan Heilmann  
Prof. Siegfried Willutzki  
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner  
Bundeskongress für Erziehungsberatung e.V.  
Herrnstraße 53, 90763 Fürth

#### **Kooperationspartner**

Bundes-Arbeitsgemeinschaft für Familien-Mediation  
e.V. BAFM, Berlin  
BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft Verfahrensbe-  
istandschaft/Interessenvertretung für Kinder und Ju-  
gendliche e.V., Berlin

#### **Schriftleiter**

Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner  
Albestraße 9, 12159 Berlin Tel.: (030) 8100 69 98,  
E-Mail: reinhard-wiesner@t-online.de

#### **Prof. Dr. Stefan Heilmann**

OLG Frankfurt a.M., Zeil 42, 60313 Frankfurt a.M.  
E-Mail: stefan.heilmann@olg.justiz.hessen.de

#### **Bearbeiter des Rechtsprechungsteils**

Zivilrechtlicher Teil  
Yvonne Gottschalk, Richterin am OLG Frankfurt a.M.  
E-Mail: yvonne.gottschalk@olg.justiz.hessen.de  
Öffentlich-rechtlicher Teil  
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner  
Ministerialrat im Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen u. Jugend, Berlin a. D.  
E-Mail: reinhard-wiesner@t-online.de

#### **Herausgeberbeirat**

Prof. Dr. Michael Coester, Hochschullehrer i.R.,  
Pullach  
Hartmut Gerstein, Lehrbeauftragter, Fachhochschule  
Koblenz  
Ulrich Gerth, Dipl.-Psych., Erziehungsberatung  
Caritasverband, Mainz  
Vors. Richter am VG Christian Grube, Hamburg  
Jutta Lack-Strecker, Dipl.-Psych., Bundes-Arbeitsgemein-  
schaft für Familien-Mediation e.V. BAFM, Berlin,  
Prof. Dr. Ulrike Lehmkuhl, Psychiatrie, Psychosomatik  
und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, Univer-  
sitätsmedizin Berlin, Charité, Campus Virchow-Klinikum  
Dres. Gisela und Hans-Georg Mähler, Rechtsanwälte,  
München  
Klaus Menne, Bundeskongress für Erziehungsberatung  
e.V., Fürth  
Thomas Mörsberger, Stuttgart  
Prof. Dr. Helga Oberloskamp, Professorin an der Fach-  
hochschule Köln  
Dr. Wolfgang Raack, Direktor des Amtsgerichts Kerpen a.D.  
Prof. Dr. Ludwig Salgo, Frankfurt/M.  
Dr. Joseph Salzgeber, Gesellschaft für Wissenschaftliche Ge-  
richtspsychologie GWG, München  
Dr. Manuela Stötzel, Referentin im BMFSFJ  
Jutta Struck, Ministerialrätin, Berlin  
Matthias Weber, Dipl.-Psych., Lebensberatung, Neuwied  
Prof. Dr. Marina Wellenhofer, Lehrstuhl für Zivil- und  
Zivilverfahrensrecht, Goethe Universität, Frankfurt am  
Main

 **Bundesanzeiger  
Verlag**